

Antrag auf Gewährung einer Landeszuwendung

–Förderprogramm Verkehrshistorische Kulturgüter –

An die Bezirksregierung Dezernat 35 – Denkmalförderung -	Vorlagefrist <u>bei der Bezirksregierung</u> 1. Oktober 2021
---	--

1. Antragstellerin / Antragsteller		
1.1	Name, Vorname oder Bezeichnung	
1.1.1	Anschrift	
1.1.2	Postfach	
1.1.3	Telefon	
1.1.4	Fax	
1.1.5	E-Mail-Adresse	
1.1.6	Homepage (falls vorhanden)	
1.1.7	Handelsregister-Nr./ Vereinsregister-Nr. (falls vorhanden)	
1.2	Vertretungsberechtigte(r) (immer wenn Antragsteller eine juristische Person (Verein, Initiative u.ä.), sonst soweit vom Antragsteller abweichend)	
1.2.1	Anschrift	
1.2.2	Postfach	
1.2.3	Telefon	
1.2.4	Fax	
1.2.5	E-Mail-Adresse	

1.3	Auskunft erteilt	
1.3.1	Anschrift	
1.3.2	Postfach	
1.3.3	Telefon	
1.3.4	Fax	
1.3.5	E-Mail-Adresse	

2. Verantwortliche(r) Architekt(in) / Planungsbüro (sofern zutreffend)		
2.1	Architekt(in) / Planungsbüro	
2.2	Ansprechpartner(in)	
2.3	Anschrift	
2.4	Telefon	
2.5	E-Mail-Adresse	

3. Bankverbindung der Antragstellerin / des Antragstellers

3.1	Kontoinhaber(in) (Antragsteller(in) muss Kontoinhaber(in) sein)
3.2	Institut:
3.3	IBAN:

4. Objekt

4.1	Bezeichnung	
4.2	Standort	
4.3	Merkmale wie Bautyp, Bauzeit	
4.4	Unterschutzstellung als Denkmal	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Unterschutzstellung am
4.5	Eigentümer(in) des Objektes (falls abweichend von 1.1)	
4.6	Vertretungsberechtigte(r) des Eigentümers	
4.7	ggfs. abweichende Nutzungsberechtigte(r)	

4.8	Nutzung	<input type="checkbox"/> derzeitig <input type="checkbox"/> beabsichtigt
4.9	Das Objekt wurde in den Vorjahren bereits gefördert	
4.10	Wenn ja, bitte das Jahr, die Höhe der erhaltenen Förderung und den Fördergeber angeben: (falls erforderlich, bitte zusätzliche Anlage beifügen, vgl. Nr. 7.8)	

5. Maßnahme	
5.1	Kurze Erläuterung der geplanten Maßnahme: (bitte zusätzliche Anlagen beifügen, vgl. Nr. 7.1)
5.2	Kurze Begründung / Notwendigkeit / Dringlichkeit der Maßnahme (bitte zusätzliche Anlagen beifügen, vgl. Nr. 7.2)
5.3	Geplanter Durchführungszeitraum: von: bis:
5.4	Erlaubnis nach § 9 DSchG <input type="checkbox"/> nicht erforderlich <input type="checkbox"/> beantragt am <input type="checkbox"/> erteilt (bitte als zusätzliche Anlage beifügen, vgl. Nr. 7.8)
5.13	Baugenehmigung <input type="checkbox"/> nicht erforderlich <input type="checkbox"/> beantragt am <input type="checkbox"/> erteilt (bitte als zusätzliche Anlage beifügen, vgl. Nr. 7.8)

6. Finanzierungsplan				
		Insgesamt	20__	20__
6.1	Gesamtkosten			
6.2	Eigenanteil			
	davon Finanzierungsbedarf			
6.3	Zugesagte Zuschüsse Dritter (z.B. Bund, Stiftungen, Gemeinde, usw.)			
6.3.1				
6.3.2				
6.3.3				
6.4	beantragte Zuschüsse Dritter			
6.4.1				
6.4.2				
6.4.3				
6.5	beantragte Zuwendung aus dem Förderprogramm verkehrshistorische Kulturgüter NRW			

7. Anlagen / einzureichende Unterlagen			beigefügt
7.1	ausführliche Beschreibung der Maßnahme		<input type="checkbox"/>
7.2	Begründung / Notwendigkeit / Dringlichkeit der Maßnahme, sofern für die Beurteilung der Maßnahme erforderlich: sonstige erläuternde Darstellungen, Schadensgutachten etc.,		<input type="checkbox"/>
7.3	Kostenermittlung (Kostenschätzung), (Kostenaufstellung oder Firmenangebote für die beabsichtigte Maßnahme, die die Preise für die Arbeiten erkennen lässt)		<input type="checkbox"/>
7.4	Aufstellung der geplanten eigenen Arbeitsleistung		<input type="checkbox"/>
7.5	Zustandsfotos		<input type="checkbox"/>
7.6	Falls vorhanden: Förderzusagen Dritter und Förderanträge an Dritte (vgl. 6.3 und 6.4)		<input type="checkbox"/>
7.7	Sachkundige Erläuterung		<input type="checkbox"/>
7.8			<input type="checkbox"/>

**8. Kurze Darstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der
Zuwendungsempfängerin/ des Zuwendungsempfängers sowie der
(Un-) Wirtschaftlichkeit des Objektes**

8.1

(falls erforderlich, bitte zusätzliche Anlagen beifügen, vgl. 7.8)

9. Erklärung der Antragstellerin / des Antragstellers

9.1	Die in diesem Antrag (einschl. der Anlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.	
9.2	Mir ist bekannt, dass alle Angaben dieses Antrages (einschließlich Anlagen), von denen die Bewilligung, Gewichtung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (in Verbindung mit § 1 Landessubventionsgesetz vom 24.03.1977 –SGV. NRW 702–und § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz vom 29.07.1976-BGBl. I S. 2034–SubvG) sind.	
9.3	Mir ist bekannt, dass das Fehlen von Anlagen gem. Ziffer 7 dieses Formulars zu einer Ablehnung des Antrags führen kann.	
9.4	Mit der zu fördernden Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch vor der Zustellung des Zuwendungsbescheides nicht begonnen. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten (Auftragsvergabe).	
9.5	Ich bin zum Vorsteuerabzug (Umsatzsteuer) <input type="checkbox"/> berechtigt (Preise, ohne abziehbare USt.) <input type="checkbox"/> nicht berechtigt (Preise brutto, inkl. USt.) und habe dies bei den Kosten entsprechend berücksichtigt.	
9.6	Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten werden <input type="checkbox"/> in Anspruch / <input type="checkbox"/> nicht in Anspruch genommen.	
9.7	Ich nehme zur Kenntnis, dass ein Zuwendungsbescheid in der Regel unter der folgenden Auflage erteilt wird: Das anteilig durch eine Zuwendung des Landes fertiggestellte Objekt/ Teilobjekt unterliegt einer Zweckbindungsfrist von 10 Jahren (vgl. Nr. 4.2.3 der VV und 8.2.4.3. der VV zu § 44 LHO). Wesentliche Änderungen des Objekts oder eine nicht dem Förderzweck entsprechende Nutzung können zu einer Rückforderung der Fördersumme führen. Innerhalb der Zweckbindungsfrist ist die Fördernehmerin/ der Fördernehmer daher verpflichtet, die Bewilligungsbehörde unverzüglich schriftlich zu informieren, wenn im Hinblick auf das geförderte Objekt folgende Absichten bestehen: 1. Veräußerung 2. grundlegende Veränderung 3. teilweiser oder vollständiger Abbruch/ Beseitigung (z.B. Verschrottung)	
9.8	Datenschutz-Hinweis: Ich nehme zur Kenntnis, dass die in diesem Antrag mitgeteilten Daten – hierzu gehören auch die personenbezogenen Daten im Sinne der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) - zum Zwecke der Bearbeitung des Antrags auf Gewährung einer Landeszuwendung (Verkehrshistorische Kulturgüter) verarbeitet, also auch gespeichert, werden. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe e), Absatz 3 Buchstabe b) DSGVO in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen. Im Übrigen beruht die Datenerhebung auf der Landeshaushaltsordnung NRW. Die Antrags- sowie Förderdaten werden ggf. an das für Denkmalschutz zuständige Ministerium des Landes NRW, den zuständigen Landschaftsverband, die zuständige Untere Denkmalbehörde, die unter Ziffer 6.3 und 6.4 genannten Dritten weitergegeben, soweit dies für die Antragsbearbeitung erforderlich ist. Ggf. kann auch eine Weitergabe zu Prüfzwecken an den Landesrechnungshof NRW erfolgen. Meine Rechte nach der DSGVO hinsichtlich der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten (Recht auf Auskunft, auf Berichtigung oder Löschung, auf Einschränkung der Verarbeitung sowie auf Datenübertragbarkeit) sind mir bekannt, ebenso, dass jederzeit ein Widerruf der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten möglich ist. Ich bin mir aber bewusst, dass mein Antrag im Falle eines Widerrufs ggf. nicht oder nur im Rahmen der vorliegenden Angaben bearbeitet werden kann. Weitergehende Informationen zum Datenschutz können von mir auf der Internetseite der zuständigen Bezirksregierung eingesehen oder schriftlich bzw. mündlich bei der zuständigen Bezirksregierung erfragt werden. Allgemeine Informationen zur DSGVO finde ich im Internet unter https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/LSU/?uri=celex%3A32016R0679 .“	
9.9	Wenn die Förderung nicht durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts beantragt wird: <input type="checkbox"/> .Im Falle einer Förderung stimme ich der Weitergabe und Veröffentlichung meiner Förderdaten (Bezeichnung des Förderprojektes, Vorname und Name der/des geförderten, Förderhöhe) durch die Bewilligungsbehörde oder das zuständige Ministerium zu. ¹⁾	
9.10	<hr/> (Ort, Datum)	<hr/> (Unterschrift der Antragstellerin /des Antragstellers)

1) Die Zustimmung ist keine Fördervoraussetzung.

10. Erklärung der Eigentümerin / des Eigentümers (sofern abweichend von Antragstellerin / Antragsteller)			
10.1	Ich bin damit einverstanden, dass die Maßnahmen an dem Objekt durchgeführt werden. Es gibt hierüber eine entsprechende Nutzungsvereinbarung.		
10.2	<p><u>Datenschutz-Hinweis:</u></p> <p>Ich nehme zur Kenntnis, dass die in diesem Antrag mitgeteilten Daten – hierzu gehören auch die personenbezogenen Daten im Sinne der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) - zum Zwecke der Bearbeitung des Antrags auf Gewährung einer Landeszuwendung (Verkehrshistorische Kulturgüter) verarbeitet, also auch gespeichert, werden. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe e), Absatz 3 Buchstabe b) DSGVO in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen. Im Übrigen beruht die Datenerhebung auf der Landeshaushaltsordnung NRW. Die Antrags- sowie Förderdaten werden ggf. an das für Denkmalschutz zuständige Ministerium des Landes NRW, den zuständigen Landschaftsverband, die zuständige Untere Denkmalbehörde, die unter Ziffer 6.3 und 6.4 genannten Dritten weitergegeben, soweit dies für die Antragsbearbeitung erforderlich ist. Ggf. kann auch eine Weitergabe zu Prüfzwecken an den Landesrechnungshof NRW erfolgen.</p> <p>Meine Rechte nach der DSGVO hinsichtlich der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten (Recht auf Auskunft, auf Berichtigung oder Löschung, auf Einschränkung der Verarbeitung sowie auf Datenübertragbarkeit) sind mir bekannt, ebenso, dass jederzeit ein Widerruf der Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten möglich ist. Ich bin mir aber bewusst, dass mein Antrag im Falle eines Widerrufs ggf. nicht oder nur im Rahmen der vorliegenden Angaben bearbeitet werden kann. Weitergehende Informationen zum Datenschutz können von mir auf der Internetseite der zuständigen Bezirksregierung eingesehen oder schriftlich bzw. mündlich bei der zuständigen Bezirksregierung erfragt werden. Allgemeine Informationen zur DSGVO finde ich im Internet unter https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/LSU/?uri=celex%3A32016R0679."</p>		
10.3	<table border="1"><tr><td><hr/>(Ort, Datum)</td><td><hr/>(Unterschrift der Eigentümerin / des Eigentümers)</td></tr></table>	<hr/> (Ort, Datum)	<hr/> (Unterschrift der Eigentümerin / des Eigentümers)
<hr/> (Ort, Datum)	<hr/> (Unterschrift der Eigentümerin / des Eigentümers)		

11. Vorzeitiger Maßnahmebeginn

11.1	Hiermit wird beantragt, die Maßnahme kurzfristig und damit ausnahmsweise vor der Zusage einer Förderung beginnen zu dürfen („vorzeitiger Maßnahmebeginn“). Begründung:	
11.2	Mir ist bekannt, dass ohne Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns weiterhin mit der Maßnahme nicht begonnen werden darf .	
11.3	Mir ist bekannt, dass durch die Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns eine Zusicherung auf einen Zuwendungsbescheid im Sinne des § 38 Abs. 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes nicht hergeleitet werden kann und kein Anspruch auf eine spätere Förderung begründet wird.	
11.4	Im Falle einer Genehmigung werden die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen der Landeshaushaltsordnung (ANBest-P, ANBest-G) bereits vor Bewilligung einer Zuwendung für verbindlich erklärt.	
11.5	Kosten einer evtl. Zwischenfinanzierung sind nicht förderfähig.	
11.6	<hr/> (Ort, Datum)	<hr/> (Unterschrift der Antragstellerin / des Antragstellers)